



HESSISCHER LANDTAG

08. 05. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Leitfaden zur Haushaltskonsolidierung ist ein frontaler Angriff auf die Selbstverwaltung der hessischen Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf eines "Leitfadens für konsolidierungsbedürftige Gemeinden und Gemeindeverbände" wird zurückgezogen und die Arbeit daran eingestellt.

Begründung:

Der von der Hessischen Landesregierung geplante "Leitfaden für konsolidierungsbedürftige Gemeinden und Gemeindeverbände", der den Kommunen im Rahmen der Umsetzung des kommunalen Schutzknirpses begleitend zur Verfügung gestellt werden soll, ist ein beispielloser Angriff auf die in der hessischen Verfassung verankerte kommunale Selbstverwaltung.

Der Leitfaden enthält fast ausschließlich Vorschläge zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben, zum Verkauf kommunalen Eigentums, zu Kürzungen bzw. Schließungen von Einrichtungen im präventiven, sozialen und kulturellen Bereich sowie zur Einführung und Erhöhung kommunaler Steuern, Abgaben und Gebühren.

Die Umsetzung auch nur eines Bruchteils der von der Landesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen bedeutet einen radikalen Kahlschlag im sozialen und kulturellen Bereich, ohne jede Rücksicht auf die absehbar deutlich höheren Folgekosten. So sollen einerseits präventive und gesundheitsfördernde Leistungen gestrichen (S. 31) werden, andererseits durch ein abstraktes "Gesundheitsmanagement" die Krankenquote gesenkt werden (S. 11). Die Bürgerfeindlichkeit des Maßnahmenkataloges zeigt sich auch daran, dass zur Kostenreduzierung vermehrt Bürgerinnen und Bürger für öffentliche Aufgaben (z.B. als Wahlhelfer) verpflichtet werden, gleichzeitig aber die Erfrischungsgelder für Wahlhelfer auf den Mindestsatz gekürzt werden sollen (S. 18).

Die seitens CDU und FDP in diesem Zusammenhang stets betonte Entscheidungsfreiheit der Kommunen entpuppt sich bei genauerer Betrachtung weniger als tatsächliche Entscheidungsfreiheit im positiven Sinn, in Wahrheit schiebt die Landesregierung mit der Betonung der kommunalen Selbstverwaltung lediglich den "Schwarzen Peter" auf die Kommunen ab, die angesichts der vorgenommenen Kürzungen im KFA und der insgesamt kommunalfeindlichen Politik der von CDU/FDP geführten Landesregierung der letzten Jahre mittlerweile schlicht und einfach mit dem Rücken an der Wand stehen.

Ausgewählte kommunalfeindliche Vorschläge aus dem Entwurf "Leitfaden für konsolidierungsbedürftige Gemeinden und Gemeindeverbände"

Allg. Verwaltung:

- Verkleinerung/Abschaffungen Ortsbeiräte (S. 8, 1 d)
- Strikte Begrenzung bei der Übernahme von Azubis in reguläre Arbeitsverhältnisse (S. 10, 6 d) bzw. betriebsbedingte Kündigungen von kommunalen Mitarbeitern (S. 10, 6 I)

- Erhöhung Kreisumlage (S. 49, 82 g)
- Erhöhung/Einführung von Steuern: Grundsteuer A/B und Gewerbesteuer, Hundesteuer etc. (S. 45, 77 a, e und g)
- Zusammenführung bzw. Schließung von freiwilligen Feuerwehren (S. 19, 19 e)
- Streichung Förderung regenerativer Energien (S. 43, 72)

Kinder/Schule/Bildung:

- Personalausstattung in Kindergärten auf Mindestniveau senken (S. 30, 39 l)
- Zuschüsse für Schulsozialarbeit streichen (S. 19, 23 a); Zuschüsse für Mittagessen, Klassenfahrten oder Schüleraustausch abschaffen (S. 20, 23 b und d)
- Schließung von Museen, Bibliotheken, Theatern, Kinos (S. 21, 25 a, 26 a, 28 a, S. 24, 31 a)

Soziales:

- Soziale Prävention (Jugendarbeit, Suchhilfe, Streetworker etc.) kürzen oder abschaffen (S. 28, 37 e, f, k, m, n)
- Sportveranstaltungen streichen, Sportstätten verkaufen (S. 31, 47 b und 48)
- Schließung von Schwimmbädern (S. 33, 50 a)
- Reduzierung Fahrpläne und Taktung im ÖPNV (S. 41, 68 a)
- Zuschüsse für Dorferneuerung streichen (S. 36, 57 c)
- Reduzierung Strassenbeleuchtung (S. 38)

Privatisierung von kommunalem Eigentum:

- Verkauf von Dorfgemeinschaftshäusern (S. 25, 34 d)
- Verkauf kommunaler Alten- und Pflegeheime (S. 27, 36 r)
- Privatisierung kommunaler Krankenhäuser (S. 31, 41)
- Verkauf kommunaler Wohnungen (S. 35, 55 a)
- Vermögensbeständen (S. 13)
- Festplätzen (S. 14)
- Verkehrsgesellschaften (S. 41)
- Kommunale Gesellschaften und Beteiligungen (S. 48)
- Wasserversorgung/Kanalnetz/Müllabfuhr (S. 37)
- Sportstätten (S. 32)
- Wild- und Naturparks (S. 43)
- Bauhöfe (S. 40)
- Parkhäuser (S. 40)

Privatisierung von kommunalen Leistungen:

- Gebäudebewirtschaftung (S. 12)
- Druckerei, Post, Personalverwaltung, Rechtsberatung (Rechtsämter), Reinigung, Wartung und IT (S. 15)
- Kinos (S. 24)
- Kinderbetreuung (S. 29)
- Regionalplanung (S. 34)
- Vermessungsamt (S. 34)
- Strassenunterhaltung/Reinigung (S. 38-39)
- Busverkehr (S. 41)
- Grabpflege/Gärtnerei (S. 42)
- Forderungsmanagement (S. 47)

Gebührenerhöhung von/für:

- Kleingärten (S. 14)
- kommunale Dienstleistungen (S. 18)
- Verwarngelder (S.19)
- Mahn- und Säumnisgebühren (S. 22)
- Eintrittspreise für Museen, Theater etc. (S. 22-23)

- Kinderbetreuungsgebühren (S. 30)
- Kurtaxe (S. 31)
- Schwimmbäder (S. 33)
- Gedenkstätten (S. 35)
- Konzessionen für Wasser (S. 36)
- Straßenbeiträge (S. 38)
- Friedhofsgebühr (S. 42)
- Jagdpacht (S. 42)
- Gastronomiekonzessionen (S. 44)

Wiesbaden, 8. Mai 2012

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rudolph